

Kampf um die Bildung: GEW ruft zu dreitägigem Schulstreik in Berlin auf!

GEW ruft von 13. bis 15. Mai 2025 zu einem Warnstreik an Berliner Schulen auf, trotz Prüfungsphase. Forderungen: Gesundheitsschutz und kleinere Klassen.



Berlin, Deutschland - Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) hat zu einem dreitägigen Warnstreik an Berliner Schulen aufgerufen, der vom 13. bis 15. Mai 2025 stattfinden wird. Betroffen sind angestellte Lehrkräfte, Erzieher, Sozialpädagogen und Schulpsychologen an Ganztagschulen. Die Gewerkschaft fordert einen Tarifvertrag Gesundheitsschutz, der kleinere Klassen und Entlastungen für die Beschäftigten umfasst. In diesem Zusammenhang betont der GEW-Vorsitzende Gökhan Akgün die hohe Arbeitsbelastung der Schulmitarbeiter in Berlin.

Bildungssenatorin Katharina Günther-Wünsch äußert sich kritisch zu dem angekündigten Streik. Sie bemängelt, dass der

Streik während der zentralen Prüfungsphase, insbesondere für das Abitur und den Mittleren Schulabschluss (MSA), stattfindet. Ihre Bedenken gelten dem Verantwortungsbewusstsein der GEW, die in dieser wichtigen Phase die Unterrichtsversorgung gefährdet. Dennoch hält die Bildungsverwaltung an der Durchführung der Prüfungen fest, auch wenn es möglicherweise zu Unterrichtseinschränkungen kommen kann.

Unterstützung und Bedenken

Der Landesschülerausschuss unterstützt zwar die Forderung nach kleineren Klassen, hat jedoch ebenfalls Bedenken bezüglich des Streiktermins geäußert. Parallel dazu hat der Landeselternausschuss die geplante Aussetzung des Unterrichts kritisiert, unterstützt jedoch die Ziele der GEW und schlägt einen Aktionstag an einem Wochenende vor. Diese Diskussion zeigt die unterschiedlichen Perspektiven der Beteiligten auf, da die Zahl der angestellten Lehrkräfte in Berlin in den letzten Jahren gesunken ist – von etwa 23.000 im Schuljahr 2021/22 auf gerade einmal 18.000. Eine der Ursachen hierfür ist die Verbeamtung vieler Lehrkräfte, was bedeutet, dass weniger Lehrkräfte am Streik beteiligt sein werden, da verbeamtete Lehrkräfte nicht streiken dürfen.

Die GEW fordert bereits seit Jahren einen Tarifvertrag, um die Arbeitsbedingungen für Lehrkräfte zu verbessern. Diese Forderungen stehen in starkem Zusammenhang mit dem Personalmangel, der die Schulen in Berlin und anderen Bundesländern belastet. Der Senat verweist in diesem Kontext darauf, dass er aufgrund der Mitgliedschaft in der Tariftgemeinschaft deutscher Länder (TdL) nicht über tarifvertragliche Festlegungen verhandeln kann. Diese strukturellen Probleme führen oft zu unzureichendem Schutz und Unterstützung für die Beschäftigten an den Schulen.

Aktionen und weitere Reaktionen

Bereits am 30. April hat die GEW zu einem dreitägigen Ausstand

aufgerufen, was die Situation in den Schulen weiter belastet. Eltern in Berlin müssen daher mit möglichen Einschränkungen im Unterricht rechnen, während die GEW und die Bildungsverwaltung gleichzeitig über Verbesserungen an den Schulen diskutieren. Bildungssenatorin Günther-Wünsch hat betont, dass der Senat an besseren Rahmenbedingungen für Lehrkräfte arbeitet, um zum Beispiel durch Verwaltungsleitungen an Schulen und IT-Support die Situation zu entschärfen.

Dieser Warnstreik ist eine Reaktion auf die unsichere Lage in der Bildungspolitik, die nicht nur die Lehrkräfte betrifft, sondern auch die Schüler und deren Familien direkt betrifft. Die kommenden Tage werden zeigen, welche Auswirkungen der Streik auf die Prüfungen und den Schulbetrieb haben wird, und ob es möglicherweise zu einer Einigung zwischen der GEW und dem Senat kommt.

Die Thematik ist nicht neu. Im November letzten Jahres fand ein bundesweiter Warnstreik des öffentlichen Dienstes statt, an dem etwa 6.000 Beschäftigte in Berlin teilnahmen, darunter Erzieher und Lehrkräfte. Der damalige Streik machte auf die Missstände im Bildungssektor aufmerksam und wurde von den Gewerkschaften als notwendig erachtet, um Gehaltserhöhungen und bessere Arbeitsbedingungen durchzusetzen. Die Situation bleibt also angespannt und bedarf weiterer Aufmerksamkeit von Seiten der Verantwortlichen.

Details	
Vorfall	Streik
Ursache	Tarifkonflikt, Personalmangel
Ort	Berlin, Deutschland
Quellen	• www.rbb24.de • www.zeit.de • www.rbb24.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de